



Stadt Walldorf
Frau Bürgermeisterin Christiane Staab
Nußlocher Straße 45
69190 Walldorf

Anlage 1

19.06.2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

die SPD-Fraktion beantragt, dass die Stadt Walldorf sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt indem sie sich den 8 Punkten der angehängten „Forderungen-Sicherer-Hafen“ der Aktion SEEBRÜCKE (www.seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/01/Forderungen-Sicherer-Hafen.pdf) anschließt und umsetzt.

Begründung:

Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Die Bewegung solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und erwartet von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Zuber

Vorsitzender



Die **SEEBRÜCKE** setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss.

Daher fordern wir unsere Stadt Walldorf auf, sich zum Sicheren Hafen zu erklären.

Zu einem Sicheren Hafen gehört, dass die Stadt:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Aktive Unterstützung der Seenotrettung

2. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt sowie die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernimmt bzw. sich daran beteiligt.

Aufnahme zusätzlich zur Quote

3. die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt:

- Die Stadt Walldorf erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Baden-Württemberg hergestellt.

Aufnahmeprogramme unterstützen

4. sich gegenüber dem Bundesland Baden-Württemberg und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzt und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anbietet:

- Die Stadt Walldorf fordert die Regierung des Bundeslandes Baden-Württemberg auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.

- Die Stadt Walldorf fordert die Regierung des Bundeslandes Baden-Württemberg und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.
- Die Stadt Walldorf erklärt sich dem Bundesland Baden-Württemberg und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- Zudem setzt sich die Stadt über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.
- Die Stadt fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Kommunales Ankommen gewährleisten

5. für ein langfristiges Ankommen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

Nationale und europäische Vernetzung

6. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt.

Bündnis Sichere Häfen

7. sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beteiligt.

Transparenz

8. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht, mit denen Walldorf zu einem Sicheren Hafen wird.

Steinmann, Otto

Von: Andrea Schröder-Ritzrau <ritzrau@t-online.de>
Gesendet: Samstag, 5. Oktober 2019 13:13
An: Staab, Christiane
Cc: Steinmann, Otto; Zuber, Manfred
Betreff: Ergänzende Information zu SPD Antrag Seebrücke / öff GR 15.10.2019
Anlagen: 2019_06_03_potsdamer_erklaerung.cleaned.pdf; 4-Punkte-Papier_Bündnis_Städte_Sicherer_Häfen.pdf

Anlage 

Die Anhaenge wurden von moeglichen Bedrohungen bereinigt. Ihnen wurde eine bereinigte Version im Anhang beigefuegt.

Wenn die bereinigte Version nicht funktioniert, haben Sie die Moeglichkeit [here](#) den originalen Anhang herunter zu laden.

Dieser Download steht nur wenige Tage zur Verfuegung.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

Sehr geehrter Herr Beigeordneter Steinmann,

anbei senden ich Ihnen im Auftrag der SPD Fraktion weiterführende Informationen zu unserem Antrag auf Seebrücke, die sicher auch für die Fraktionen im Vorfeld der Diskussionen von Interesse sind und die Sie entsprechend gerne weitergeben können.

- Bisher sind 101 Städte dem Bündnis beigetreten <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/> - davon 12 in Baden-Württemberg, u.a. Heidelberg, Karlsruhe, Rottenburg. Hier können Sie auch nachsehen welche Punkte der Forderungen der Seebrücke in den jeweiligen Städten mitgetragen werden.
- Das Bündnis sicherer Hafen, dessen Beitritt wir unter Punkt 7 beantragt haben, existiert bereits seit kurzem. Anbei die 4. Punkte Erklärung des ersten Arbeitstreffens, das ganz aktuell Anfang Oktober stattfand - BW Städte Karlsruhe, Tuttlingen, Ulm, Rottenburg und Freiburg sind bereits im Bündnis organisiert <https://seebruecke.org/news/erstes-arbeitstreffen-staedte-sicherer-haefen/> Natürlich liegt uns an der Entscheidung, mit diesem Bündnis in Vernetzung zu treten.
- Die sogenannte Potsdamer Erklärung haben wir Ihnen ebenfalls angehängt, die insbesondere den Punkt 4 betrifft. Hier wird die direkt Zuweisung von Ertrinkenden aus dem Mittelmeer in die aufnahmebereiten Kommunen gefordert und entsprechende Gestztes Änderungen. Solidarität (Punkt 1) haben 10 von 12 BW Städte bereits ausgesprochen. Hier wollen wir ebenfalls ein klares Signal senden.
- Wenn es zu der Frage kommt, wie die Walldorfer Quote aussehen könnte, bezüglich der schnellen und unkomplizierten Aufnahmen ausschließlich von Seenotflüchlingen (Punkt 3), so haben wir intern eine Quote von 10% von dem Kontingent, was uns an Flüchtlingen zugeteilt wird, als realistisch angesehen für die Walldorfer Möglichkeiten. 6 BW Städte haben sich zu einer Quote bekannt - auch Heidelberg.

- Eine finanzielle Unterstützung eines Schiffes bzw. die Übernahme einer Patenschaft (Punkt 2) ist sicher ein Punkt, der nicht von allen mitgetragen werden kann und wir würden uns da nicht verkämpfen. Daher ist es sicher wichtig diesen Punkt gesondert abzustimmen. QUERGEDACHT: Sehen Sie eine rechtliche Möglichkeit als Stadt an die ev. Kirche zu spenden, die ja einen entsprechenden Verein gründen wird und Spendenaufrefaktion tätig.
<https://www.ekd.de/seenotrettung-evangelische-kirche-schiff-mittelmeer-49622.htm> ?

Vielen Dank und Ihnen ein schönes Wochenende,

Andrea Schröder-Ritzrau

für die SPD Fraktion

--

Dr. Andrea Schröder-Ritzrau
Heidelberger Straße 36
69190 Walldorf
Tel.: 06227 890909

Ergebnis des 1. Arbeitstreffens Bündnis Städte Sicherer Hafen

1. Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme aus humanitären Notlagen im Mittelmeerraum.
2. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung über die jetzt gefundene ad-hoc-Lösung auf, sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen.
3. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, Transparenz im Verteilungsverfahren zu schaffen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Angebot umzusetzen. Die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration braucht eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung.
4. Die Bündnisstädte intensivieren die erfolgreiche Bündnisarbeit und vernetzen sich stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Rottenburg am Neckar, 1.10.2019

Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019
Die Städte Sicherer Häfen

Für die „Städte Sicherer Häfen“: Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, [tolerantespotsdam\[at\]rathaus.potsdam.de](mailto:tolerantespotsdam[at]rathaus.potsdam.de)